dodis.ch/38794

p.B.15.21.R.(3) - FK/au

VERTRAULICH

Besuch von Generalsekretär Ernesto Thalmann
in Moskau vom 4. bis 8. Juni 1973

A u f z e i c h n u n g
der Besprechungen im Aussenministerium vom 5. Juni 1973
10.30 - 13.00 Uhr und 16.00 - 17.30 Uhr

An den im ersten Teil in Deutsch und Russisch, im zweiten Teil in Französisch geführten Gesprächen beteiligten sich

auf schweizerischer Seite:

Ernesto Thalmann	Botschafter, Generalsekretär
Rudolf L. Bindschedler	Botschafter, Rechtsberater
Jean de Stoutz	Botschafter in Moskau
Karl Fritschi	Stellvertr. Chef des Politischen Dienstes Ost (Aufzeichnung)

auf sowjetischer Seite:

A.G. Kowaljow	Vize-Aussenminister
Ju.V. Dubinin	Chef des 1. Europa-Departements
V.A. Tschernikow	Stellvertr. Chef des 1.Europa-Dep.
I.Ja. Efremow	Swiss desk
A.A. Ptschjolkin	Mitarbeiter des 3. Europa-Departements

Traktandenliste

A. Fragen der internationalen Politik
   1. Tour d'horizon
   2. Konferenz über die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa
   3. Truppenreduktion (Konferenz in Wien)
   4. Naher Osten
   5. Humanitäres Völkerrecht

B. Bilaterale Beziehungen

Dodis

dodis.ch/38794

Erste Besprechung

Herr Kowaljow begrüsst Generalsekretär Thalmann und seine Delegation und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, die in Bern begonnenen Gespräche vom letzten November hier fortsetzen zu können. Nach russischem Brauch bittet er seinen Gast, als erster das Wort ergreifen zu wollen.

Herr Thalmann dankt für die freundlichen Willkommensworte und erinnert ebenfalls an die Gespräche vom letzten Jahr, die in angenehmster Erinnerung geblieben sind. Dass solche Kontakte trotz der sehr unterschiedlichen Grösse und Systeme beider Länder stattfinden können, ist an sich schon eine erfreuliche Tatsache. Es kommt darin der beidseitige Wille zum Ausdruck, nicht nur eine friedliche, aber bloss statische Koexistenz, sondern darüber hinaus eine aufbauende, dynamische Zusammenarbeit zu pflegen.

Der kürzliche Besuch von Bundesrat Brugger, die Besuche von Parlamentarier- und Journalistendelegationen in der Sowjetunion sowie die für den kommenden 17. Juni vorgesehene Zusammenkunft der Commission mixte in Moskau sind Ausdruck unseres Wunsches, auf verschiedensten Gebieten zusammenzuarbeiten und die gegenseitigen Beziehungen zum Nutzen beider Länder auszubauen. Wir suchen einen Dialog, der möglichst ungezwungen und vertrauensvoll sein sollte.

Tour d'horizon

Herr Thalmann hat nicht die Absicht, als Vertreter eines neutralen Kleinstaates dem Vize-Aussenminister einer Grossmacht die weltpolitische Situation zu analysieren. Er will sich auf ein paar Feststellungen beschränken, die ihm wesentlich scheinen, und dann versuchen, die Haltung der Schweiz in der heutigen politischen Konstellation darzulegen.

Man wird ohne Uebertreibung feststellen dürfen, dass in den internationalen Beziehungen eine neue Aera begonnen hat. Die Aera der Konfrontation und des Kalten Krieges scheint durch eine Aera der Verhandlungen, der Entspannung und der Zusammenarbeit abgelöst zu werden. Die Grossmächte, die für den Weltfrieden eine besondere Verantwortung tragen, werden sich dieser Verantwortung offenbar

dodis.ch/38794

immer mehr bewusst. In dieser Hinsicht kommt dem Generalsekretär der KP der UdSSR und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ein besonderes Verdienst zu. Die Annäherung der beiden Supermächte, die die Möglichkeit haben, sich gegenseitig zu vernichten und das Loben auf dem ganzen Planeten auszulöschen, erweckt bei den kleineren Staaten grosse Hoffnungen.

Dieses optimistische Bild enthält allerdings auch einige dunkle Schatten. In Südost-Asien gibt es immer noch keinen wirklichen Frieden, und der Nahost-Konflikt ist hoffnungslos festgefahren. Es sei nicht verschwiegen, dass uns auch die Spannungen im sowjetisch-chinesischen Verhältnis mit Sorge erfüllen.

Neben diesen politischen Krisenherden beunruhigt auch die anhaltende Währungskrise. Die Schweiz ist als drittwichtigster Finanzplatz und als 12.-wichtigste Handelsnation der Welt an einer raschen Wiederherstellung einer gesunden Währungsordnung in besonderem Masse interessiert.

Was namentlich Europa betrifft, so sind die jüngsten Entwicklungen vielversprechend. Der Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn ist ein historisches Ereignis, das wohl nur jene in seiner vollen Tragweite zu würdigen wissen, die den letzten Weltkrieg am eigenen Leibe miterlebt haben.

Ebenso vielversprechend ist die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren Vorbereitungsarbeiten in diesen Tagen in Helsinki abgeschlossen werden sollen und auf die während dieses Meinungsaustausches noch zurückzukommen sein wird.

Und schliesslich scheint auch die "friedliche Koexistenz" zwischen dem Gemeinsamen Markt und der Wirtschaftsorganisation des Warschauer Pakts einer realistischen Beurteilung der tatsächlichen Gegebenheiten in Europa zu entsprechen, aus der sich eines Tages eine fruchtbare Zusammenarbeit ergeben könnte.

Welches ist nun die Haltung der Schweiz in dieser politischen Landschaft? Es kann hier nicht darum gehen, über die schweizerische Neutralität einen Vortrag zu halten. Es darf davon ausgegangen werden, die sowjetische Seite wisse darüber Bescheid.

dodis.ch/38794

Nützlich dürfte indessen die einfache Feststellung sein, dass die schweizerische Aussenpolitik klar und durchsichtig, sozusagen berechenbar ist, was allerdings - es sei dies hier hervorgehoben - nicht heissen will, dass sie auch immer leicht zu handhaben und jedermann - im In- und Ausland - verständlich ist.

Die Presse, die Massenmedien und der einzelne Bürger sind völlig frei, die politischen Geschehnisse nach eigenem Gutdünken zu beurteilen. Sie machen denn auch von dieser Freiheit ausgiebigen Gebrauch, nicht zuletzt um ihre eigene Regierung zu kritisieren. Demgegenüber auferlegt sich die Regierung grosse Zurückhaltung. Angesichts der weltpolitischen Ereignisse klatscht sie weder Beifall, noch gibt sie ihrem Missfallen mit Pfeifen Ausdruck, um dieses vertraute Bild der Sportplätze zu gebrauchen.

Es ist dies Ausdruck weder von Feigheit noch von Indifferenz. Es entspricht dies ganz einfach einer Lehre, die wir aus unserer Geschichte gezogen haben. Unsere geographische Lage, unsere vier Sprachen und zwei Religionen liessen und lassen uns keine andere Wahl. Auf dieser Zurückhaltung und Diskretion beruht das Vertrauen, das unser Land in der Welt geniesst und das uns immer wieder erlaubt hat, der internationalen Gemeinschaft unsere Guten Dienste in Konflikten zur Verfügung zu stellen. Als Beispiele seien erwähnt unsere Mitwirkung bei den Verhandlungen, die zur Unabhängigkeit Algeriens geführt haben, ferner die Vertretung der amerikanischen und lateinamerikanischer Interessen in Kuba, die zu einem friedlichen Modus vivendi beigetragen haben, schliesslich die Guten Dienste, die wir gegenwärtig im schwierigen Verhältnis zwischen Indien und Pakistan leisten.

Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass die Schweiz zahlreiche internationale Organisationen, darunter das IKRK beherbergt. Die zurückhaltende Aussenpolitik der Schweiz schafft für diese Organisationen ein gutes Arbeitsklima und erleichtert die Durchführung internationaler Konferenzen auf ihrem Territorium.

Die Schweiz ist sich dabei der Grenzen ihrer eigenen Aktionsmöglichkeiten durchaus bewusst und praktiziert daher ihre Disponibilität in aller Bescheidenheit. Wir drängen unsere Guten Dienste

dodis.ch/38794

niemandem auf; wir stehen indessen jederzeit und überall zur Verfügung, wo die Parteien in einem Konflikt an uns appellieren.

Darüber hinaus versuchen wir, unserer Solidarität mit der übrigen Menschheit durch humanitäre Aktionen ohne jeden politischen Hintergedanken Ausdruck zu geben.

Was schliesslich unser Verhältnis zu den Vereinten Nationen betrifft, so ist zunächst davon auszugehen, dass unsere Aussenpolitik die Universalität der internationalen Beziehungen anstrebt; sie versucht, mit allen Ländern korrekte und wenn möglich freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Es würde diesem Prinzip der Universalität logisch entsprechen, wenn die Schweiz Mitglied der Weltorganisation würde. Die Regierung arbeitet denn auch in dieser Richtung. Unsere Bevölkerung steht indessen der UNO mehrheitlich immer noch sehr skeptisch gegenüber. Ganz offensichtlich erwartet sie zuviel von der Organisation; sie ist enttäuscht darüber, dass diese nicht in der Lage ist, die grossen Konflikte in der Welt zu lösen. Da wir Mitglied von praktisch allen Spezialorganisationen sind, empfindet unsere Oeffentlichkeit kein zwingendes Bedürfnis, sich auch noch in die Redeschlachten in New York einzuschalten. Diese Haltung könnte sich ändern, wenn einmal die beiden Deutschland und vielleicht noch andere Staaten in die UNO aufgenommen werden. Da unser Beitritt durch eine Volksabstimmung sanktioniert werden muss, lassen wir die Dinge reifen. Nach unseren Schätzungen dürfte es etwa 1976 so weit sein. Wir hoffen, dannzumal bei unserem Aufnahmegesuch auf die Stimme der Sowjetunion zählen zu können.

Herr Kowaljow dankt für die ausführliche, sehr interessante und klare Einschätzung der internationalen Lage im allgemeinen und für die Erläuterungen über die Haltung, welche die Schweiz dazu einnimmt.

Tatsächlich hat die internationale Situation im Laufe der letzten 1 1/2 Jahren positive Veränderungen erfahren. Der Kalte Krieg hat an Einfluss verloren; im Vordergrund stehen wichtige internationale Verhandlungen und die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zu allseitigem Nutzen. Die Entwicklung des

dodis.ch/38794

Verhältnisses zwischen der UdSSR und Ländern wie den Vereinigten Staaten, Frankreich und der Bundesrepublik (Breschnews Besuch in Bonn) findet einen günstigen Widerhall in der Sowjetunion selbst wie auch im Ausland.

Die Sowjetunion begrüsst die positiven Veränderungen ihrer bilateralen Beziehungen mit neutralen und nicht-neutralen Staaten; sie misst diesem Lauf der Dinge wichtige Bedeutung bei.

Das Verhältnis zwischen der UdSSR und Schweiz hat sich im Laufe der Zeit allmählich und unaufhaltsam verbessert; diese erfreuliche Tatsache findet ihren Ausdruck in allen Bereichen der Wirtschaft, des Handels, der Kultur, der Wissenschaft und Technik wie auch der Politik. Seit dem Meinungsaustausch vom letzten November bahnen sich Lösungen von konkreten Fragen an; hiefür kann als Beispiel die bevorstehende Tagung der Gemischten Kommission zitiert werden.

Das politische Klima in Europa entwickelt sich in einem günstigen Sinne. Dabei sei nicht verhehlt,dass die Sowjetunion die Lage auf unserem Kontinent realistisch einschätzt; sie ist wachsam gegenüber Kräften, welche gewisse Dinge rückläufig machen möchten. Dies darf nicht geschehen, wenn Entspannung und Friede dauern sollen.

Der Annäherung zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten kommt tatsächlich wichtige Bedeutung zu. Die Sowjetunion betrachtet sich nicht als eine Supermacht. Sie ist sich indessen der Rolle bewusst, welche sie und die USA für die Sicherheit der Welt zu spielen haben. Die Interessen von Drittstaaten sollen dabei nicht tangiert werden.

Die Einstellung des Krieges in Vietnam ist ein bedeutsames Ereignis; es geht jetzt darum, dass die diesbezüglichen Abkommen tatsächlich auch eingehalten werden; daran ist die UdSSR lebhaft interessiert.

Dagegen hat die gefährliche Lage im Nahen Osten noch keinerlei Veränderungen erfahren. Schuld daran trägt allein Israel mit seiner Obstuktionspolitik, das solange keine friedliche Regelung des Konflikts ermöglicht, als es die besetzten Gebiete nicht räumen will.

dodis.ch/38794

Zu grossen Hoffnungen geben die Vorbereitungsarbeiten für die KSZE Anlass.

Wenn eben von der Berechenbarkeit der schweizerischen Aussenpolitik die Rede gewesen ist, so sei in diesem Zusammenhang auf ein Wort des früheren sowjetischen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, hingewiesen, der von der Durchsichtigkeit der sowjetischen Aussenpolitik gesprochen hat. Zwischen der Sowjetunion und der Schweiz gibt es Unterschiede der geopolitischen Lage und der gesellschaftlichen Systeme. In der Schweiz spricht man vier Sprachen, in der UdSSR deren über hundert. Jedes Land hat seine eigenen Erfahrungen, seine Lehren der Geschichte, seine Traditionen, seine Sitten und Gesetze, die insgesamt seine Haltung und seine Politik bestimmen.

Die Aussenpolitik der UdSSR findet Unterstützung im ganzen Volk; sie ist ein offenes Buch, das jedem zugänglich ist. Beweis hiefür ist das Friedensprogramm des 24. Parteitags der KP der UdSSR, dessen konsequente Verwirklichung sich die Partei zur Aufgabe macht. Das April-Plenum des ZK hat diese Politik vollumfänglich bestätigt. Die Sowjetunion hat mit allen sozialistischen Staaten enge und freundschaftliche Kontakte. Gegenüber den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verfolgt sie eine Politik der friedlichen Koexistenz. Ziel ihrer Politik ist nicht zuletzt die Beseitigung aller Krisenherde; sie trachtet nach Zusammenarbeit auf allen Bereichen bilateraler Beziehungen; sie arbeitet für Entspannung, Frieden und Abrüstung. Beweis hiefür sind ihre Haltung bei den Vorbereitungsarbeiten für die KSZE in Helsinki und, um noch dieses Beispiel zu erwähnen, ihre Vorschläge in der UNO.

Die Sowjetunion begrüsst das Bestreben der Schweiz, auf der internationalen Bühne eine aktivere Rolle zu spielen.

Zusammenfassend sei gesagt, dass die UdSSR eine gradlinige Politik für den Frieden in der Welt und namentlich in Europa führt, eine Politik, die keinem Opportunismus huldigt und die danach strebt, im Rahmen der Gegebenheiten die vielen Möglichkeiten zu nützen, welche die Zusammenarbeit namentlich in europäischen Fragen bietet.

dodis.ch/38794

Auf die Frage von Herrn Thalmann, wie er die Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und China beurteile, erwidert Herr Kowaljow, sich darüber nicht äussern zu können. Sowjetische Bemühungen der letzten Zeit hätten in Peking ein negatives Echo gefunden. China beargwöhne die Entspannungsbemühungen in Europa.

K S Z E

Herr Thalmann gibt einleitend seiner Befriedigung darüber Ausdruck, dass die Vorbereitungsarbeiten dieser Tage oder Stunden abgeschlossen werden können. Damit ist der Weg für die eigentliche Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa offen.

Entsprechend den hochgesteckten Zielen der Konferenz war die Vorbereitungsphase lang und mühsam. Es ist daher erfreulich, dass die gegensätzlichen Auffassungen, wie sie eben in den 34 Teilnehmerstaaten z.T. existieren, schliesslich durch Kompromisse überbrückt werden konnten, die für alle annehmbar sind. Dies ist nach schweizerischer Meinung die beste Garantie dafür, dass die bevorstehende Konferenz der Aussenminister relativ rasch die Mandate für die Kommissionen und die Unterkommissionen verabschieden kann.

Wenn die schweizerische Seite während der Vorbereitungsarbeit gelegentlich gezwungen war, Thesen zu vertreten, mit denen die Sowjetunion nicht einig ging, so hat dies ihren ausgezeichneten Beziehungen mit der sowjetischen Delegation keinerlei Abbruch getan.

Im übrigen darf wohl festgestellt werden, dass die Vorgespräche in Helsinki noch nicht zum Abschluss gekommen wären, wenn nicht die Schweiz und die anderen neutralen Staaten immer wieder in kritischen Situationen eingesprungen wären und mit viel Phantasie, Initiative und auch Geduld die Arbeiten gefördert hätten.

Die zweite Phase der kommenden Konferenz - die Arbeit der Kommissionen - wird nun in Genf stattfinden. Wir haben bekanntlich diese "Ehre" nicht gesucht, und wir sind auch nicht besonders glücklich darüber, weil uns die Organisation der Arbeiten in Genf vor schwer lösbare Probleme technischer Natur stellt. Wir werden unser Möglichstes tun, doch werden wir weitgehend auf die

dodis.ch/38794

"logistische" Unterstützung von seiten der Teilnehmerstaaten angewiesen sein (Uebersetzer usw.).

Wir haben in Helsinki unser Projekt eines Systems der friedlichen Erledigung von Streitigkeiten mit schweizerischer Hartnäckigkeit vertreten. Wir wissen, dass die sowjetische Seite diesem Projekt keine besondere Sympathie entgegenbringt. Wir wissen es umsomehr zu schätzen, dass sie sich dennoch dem Konsens angeschlossen hat, der es erlaubt hat, diesen Punkt in die Traktandenliste aufzunehmen.

Die schweizerische Seite trägt sich mit der Hoffnung, dass es bei der Ausarbeitung dieses Systems, oder - wenn dieser Begriff vorgezogen wird - der Methoden der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, gelingen werde, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass kein Generalangriff auf die Souveränität der Staaten, die der Schweiz selbst am Herzen liegt, geplant ist, sondern dass es um sehr flexible Mechanismen der Friedenssicherung geht.

In diesem Zusammenhang sei auf die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) hingewiesen, die letzte Woche in Addis-Abeba ihr 10-jähriges Jubiläum feiern konnte. Die friedliche Schlichtung von Streitigkeiten durch Verhandlungen wurde 1963 als eines der Hauptziele in die Charta des panafrikanischen Staatenbundes aufgenommen. Und es hat sich bewährt! Die zehnte OAU-Tagung hat bewiesen, dass die Organisation gerade in dieser Hinsicht recht nützlich geworden ist. Dank der Vermittlung durch Drittstaaten und von der Gipfelkonferenz bestellten Komitees konnten sämtliche bei der diesjährigen Konferenz anstehenden Probleme, wenn auch nicht endgültig beseitigt, so doch bereinigt und entschärft werden. Die Vernunft, die unsere afrikanischen Freunde an den Tag legen, sollte auch uns allen Europäern möglich sein.

Herr Kowaljow dankt für die Darlegung der schweizerischen Beurteilung der KSZE-Vorbereitungsarbeiten. Wir schätzen die Zusammenarbeit zwischen der sowjetischen und der schweizerischen Delegation in Helsinki hoch ein und hoffen, sie bewähre sich auch in Zukunft, wenn es darum geht, einen gemeinsamen Nenner der 34 Teilnehmerstaaten zu finden.

dodis.ch/38794

Der schweizerische Vorschlag ist in die Tagesordnung aufgenommen worden. Die diesbezügliche Haltung der UdSSR ist anlässlich des Berner Meinungsaustauschs vom letzten November offen und aufrichtig dargelegt worden. Die sowjetische Seite bleibt bei ihrer damals geäusserten Ansicht in dieser Sache; es gibt nichts, das dem heute beizufügen wäre.

Genf ist für die Durchführung der zweiten Phase der Konferenz gewählt worden, weil es hiefür der zweckmässigste Ort ist. Es war allerdings nicht die Absicht, der Schweiz deswegen Schwierigkeiten zu bereiten. Die Sowjetunion ist befriedigt darüber, dass die zweite Phase in der neutralen Schweiz abgehalten wird, deren Rolle in dieser Hinsicht von allen geschätzt wird. Die technischen Fragen dürfen allerdings den politischen Inhalt der kommenden Gespräche nicht negativ beeinflussen.

Die Sowjetunion hat bekanntlich in Helsinki die "Unverletzlichkeit der Grenzen" als ein selbstständiges Prinzip befürwortet. Dieser Grundsatz hat seine Bedeutung aus den historischen Erfahrungen gewonnen, welche Europa und namentlich die UdSSR gemacht haben. Der sowjetischen Seite liegt deshalb sehr viel daran, dass dieses Prinzip an der Konferenz voll zur Geltung kommt. Die Sowjetunion gibt der Hoffnung Ausdruck, dass darüber zwischen ihr und der Schweiz Einigkeit besteht.

Die zweite Konferenzphase sollte sofort nach dem Treffen der Aussenminister stattfinden. Die dritte Phase kann und muss noch im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden: sie bildet die wichtigste Etappe und den Höhepunkt der ganzen Entwicklung.

Truppenreduktion (Konferenz in Wien)

Herr Thalmann vertritt den Standpunkt, dass sich politische Sicherheit und militärische Sicherheit nicht trennen lassen. Wenn die Schweiz auch an der Wiener Konferenz nicht teilnimmt, so ist sie doch an diesen Arbeiten in hohem Masse interessiert.

Was die Schweiz betrifft, so kommt allerdings eine Truppenreduktion auf absehbare Zeit noch kaum in Betracht. Die schweizerischen Aufwendungen für die Armee stellen mit 21,9% den grössten

dodis.ch/38794

Budgetposten dar, gefolgt von den Aufwendungen für die soziale Wohlfahrt, die 21,7% des Budgets ausmachen. Diese Aufwendungen für die Armee stellen ein Minimum dafür dar, unsere Neutralität notwendigenfalls mit den Waffen zu verteidigen.

Im übrigen ist bekannt, dass unsere Armee rein defensiven Zwecken dient, und es wird deshalb niemand von uns erwarten, dass wir unsere Rüstung einschränken und unsere Truppen abbauen. Unsere Wehrbereitschaft bedroht nicht nur niemanden, sondern ist als ein Element der Stabilität an einer strategisch wichtigen Stelle in Europa zu werten.

Herr Bindschedler erklärt, dass die Schweiz bereit wäre, in angemessener Weise mitzuwirken, wenn es einmal darum ginge, vereinbarte Kontroll- und Inspektionsmechanismen auf militärischem Gebiete zu verwirklichen.

Welche Ideen verficht die Sowjetunion auf dem Gebiete der taktischen Atomwaffen mit bezug auf die Reduktionsbemühungen? Können z.B. Atomwaffen gegen konventionelle Waffen wie Panzer und Flugzeuge aufgewogen werden und auf welche Weise?

Herr Kowaljow weist darauf hin, dass die Reduktion von Streitkräften und Rüstungen in gefährdeten Regionen vom Friedensprogramm des 24. Parteitags der KP der UdSSR befürwortet wird. Das schweizerische Interesse für die Verhandlungen in Wien ist verständlich. Bekanntlich hat sich die Sowjetunion für einen erweiterten Kreis der Teilnehmerstaaten ausgesprochen. Die sowjetische Position ist wiederholt dargelegt worden; sie hat keinerlei Aenderung erfahren.

Die sowjetische Seite ist dankbar für die Orientierung über die grundsätzliche Haltung der Schweiz, die übrigens in Wien in keinem Zusammenhang erwähnt worden ist. Kontroll- und Inspektionsmechanismen standen bis heute nicht zur Diskussion. In Wien geht es dann auch nicht um eigentliche Verhandlungen. Erörtert wird die Tagesordnung künftiger Verhandlungen. Keine wesentlichen Fragen sind bis heute zur Sprache gekommen. Die Behandlung dieser Fragen ist delikat und kompliziert, was in der Natur der Dinge selbst liegt.

dodis.ch/38794

Die sowjetische Haltung lässt sich dahin zusammenfassen, dass es in Wien darum geht, die Tagesordnung zu erarbeiten, ohne den späteren eigentlichen Verhandlungen vorzugreifen, d.h. bestimmte Probleme, die dann zu erörtern und zu lösen sind, heute schon einseitig zu präjudizieren. Zwischen den Konferenzen in Helsinki und in Wien gibt es keine Verbindung und keinerlei Zusammenhang. Die Verhandlungen über die Truppenreduktion sollen einen Monat nach Abschluss der KSZE in Angriff genommen werden.

Naher Osten

Herr Thalmann: Wenn die schweizerische Seite den Wunsch nach einer Erörterung dieser Frage geäussert hat, so nicht deshalb, weil die Schweiz in diesem Konflikt eine Rolle spielt oder zu spielen wünscht; der Grund ist in der Ueberzeugung zu finden, dass die europäische Sicherheit nicht zu trennen ist von der Sicherheit im Mittelmeer. Wir haben auch in Helsinki auf diesen Umstand hingewiesen.

Hinzu kommt, dass wir anfangs Mai Gelegenheit hatten, uns mit dem aegyptischen Aussenminister zu unterhalten, der vergangene Woche auch in Moskau weilte.

Der stärkste Eindruck, den wir aus Kairo mit nach Hause genommen haben, ist der, dass Aegypten das militärische Kräfteverhältnis realistisch beurteilt und mit allen Mitteln versucht, eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen.

Der nächste Akt des Dramas wird sich nun wieder auf der Bühne des Sicherheitsrates in New York abspielen, und es würde uns interessieren, wie die UdSSR die weitere Entwicklung sieht.

Herr Kowaljow bittet den zuständigen Direktor im Aussenministerium, Satenko , die sowjetische Haltung zu erläutern:

Die sowjetische Position im Nahost-Konflikt ist von prinzipieller Natur und deshalb konsequent; es bereitet deshalb keine Schwierigkeiten, sie auch hier darzustellen.

Es ist erfreulich, dass sich die Schweiz für dieses Problem und seine Lösung interessiert. Es ist dies ein Beweis dafür, dass dieser Konflikt nicht nur ausschliesslich den Nahen Osten angeht.

dodis.ch/38794

Vor einem Hintergrund der allgemeinen Entspannung existiert diese gefährliche Frage weiter; sie beunruhigt die ganze Welt.

Welches ist die Diagnose der Krankheit, die uns hier beschäftigt? Die Schuld tragen Israel und alle, die es unterstützen. In Europa und auch in der Schweiz ist viel die Rede von der Sicherheit Israels. Es geht indessen nicht nur um die Sicherheit Israels, sondern auch um jene der arabischen Staaten, die in weit grösserem Masse bedroht ist.

Die Sowjetunion trat und tritt nicht gegen Israel als Staat auf. Wir sind unvoreingenommen.

Israel verlangt sichere und anerkannte Grenzen. Was heisst indessen "sicher" und "anerkannt"? Es wird oft gesagt, die Zeit arbeite zugunsten von Israel. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass das Gegenteil der Fall ist. Politisch arbeitet die Zeit für die arabischen Staaten; sie sind reich an Naturschätzen und an menschlichen Reserven.

Die konzeptionslose Politik Israels fördert die Stärkung der militärischen Kräfte in den arabischen Staaten, die in Zukunft die heutigen Bedingungen einer Regelung des Konflikts noch weniger akzeptieren werden. Dann werden die arabischen Staaten nicht die Grenzen von 1967, sondern jene von 1947 fordern. Bedeutsam für eine solche Entwicklung ist die jüngste Rede Präsident Bourguibas und die Haltung der afrikanischen Staaten, wie sie an der letzten OAU-Tagung zum Ausdruck gekommen ist. Die öffentliche Meinung der Welt kommt immer mehr zur Ueberzeugung, dass Israel erobertes Land für sich behalten will.

Israel hat zuerst als Staat anerkannt werden wollen; es hat einen Friedensvertrag gewünscht (Anerkennung der Grenzen, Nichteinmischung usw.). Das Jarring-Memorandum von 1971 hat gezeigt, dass Aegypten für alle diese Fragen eine befriedigende Antwort gegeben hat. Aegypten ist bereit, zusammen mit dem Sicherheitsrat der UNO die notwendigen Garantien zu geben. Die einzige Voraussetzung besteht darin, dass sich die israelischen Truppen auf die Grenzen von 1967 zurückziehen.

Die Grenzen von 1947 sind völkerrechtlich anerkannt worden; die UNO-Resolution Nr. 242 von 1967 geht praktisch darauf ein, dass Israel die Grenzen von 1967 erhält. In erster Linie und vor allem

dodis.ch/38794

anderen geht es um die Verwirklichung der erwähnten Resolution.

Israel verfolgt indessen einen expansionistischen Kurs und wird dabei von gewissen Staaten unterstützt. Erhielte es diese Unterstützung nicht, so könnte es diese Politik nicht weiterverfolgen.

Es ist höchste Zeit, den Nahost-Konflikt auf der Grundlage der Resolution 242 einer Lösung entgegenzuführen, sonst werden die Probleme mit jedem Tag komplizierter. Heute werden die arabischen Staaten die Grenzen von 1967 noch akzeptieren; später wird es schwieriger werden, sie von dieser Lösung noch zu überzeugen. Weiteres Zuwarten fördert die Extremisten in den arabischen Staaten, die Israel liquidieren möchten.

Mit Recht sind die arabischen Staaten gegen eine Teillösung des Problems (Oeffnung des Suez-Kanals); ein solches Vorgehen würde die Gesamtregelung in Vergessenheit bringen. Eine umfassende definitive Regelung ist deshalb notwendig. Hiezu ist der entsprechende Wille notwendig; es geht weniger um die Form der Verhandlungen. Wenn alle europäischen Staaten, auch die Schweiz, eine realistische Haltung einnähmen, so würde Israel nicht eine so perspektivlose Politik führen.

Herr Thalmann dankt für die Ausführungen, die dem entsprechen, was die schweizerische Seite in Kairo in Erfahrung brachte. Die schweizerische Oeffentlichkeit ist wegen bekannter Ereignisse (Attentate, Terroristenakte) in der Beurteilung des Nahost-Konflikts zu Verallgemeinerungen gelangt, in der eine gewisse negative Haltung gegenüber den arabischen Staaten zum Ausdruck kommt. Wir haben in Kairo die schweizerische Haltung erläutert; der Besuch hat dazu beigetragen, gewisse Missverständnisse zu beseitigen und ein besseres Verhältnis zu schaffen.

Humanitäres Völkerrecht

Herr Bindschedler: Die Schweiz wird Ende des Monats alle Regierungen zu einer diplomatischen Konferenz einladen. Ziel ist dabei keine Revision des geltenden Rechts. Es geht vielmehr darum, es zu ergänzen und Lücken aufzufüllen, welche die Erfahrung gezeigt hat.

dodis.ch/38794

Es ist schon die Meinung vertreten worden, der Zeitpunkt sei hierfür zu früh; alle Regierungen hätten sich in verschiedenen Fragen noch nicht geeinigt.

Die Diskussion geht nun schon über zehn Jahre. Die noch hängigen Fragen sind von hochpolitischer Natur, die von Regierungsdelegationen behandelt werden müssen. Die Zeit ist deshalb gekommen, die diplomatische Konferenz nunmehr offiziell zusammenzurufen.

An den beiden vergangenen Expertentreffen hat der Vertreter der UdSSR, Prof. Blischenko, eine ausserordentlich konstruktive Mitarbeit geleistet. Wir hoffen deshalb, die sowjetische Delegation werde auch an der kommenden Konferenz aktiv teilnehmen.

Für das Verfahren werden die Prozedurregeln des internen UNO-Reglements massgebend sein. Eine offene Frage bleibt die Zahl der Kommissionen. Angesichts der zu behandelnden Materie rechnen wir mit drei Kommissionen. Dies hängt allerdings auch von der Zahl der Delegationen ab.

Eine andere Abweichung von der UNO-Praxis betrifft die Konferenzsprachen. Für die Erleichterung der Arbeiten sollten nur drei Sprachen ins Auge gefasst werden (französisch, englisch und spanisch). Wir wären dankbar, wenn sich die UdSSR diesem Vorschlag anschliessen könnte.

Herr Kowaljow dankt für die Orientierung. Wenn wir die Einladung erhalten, werden wir die Sache prüfen.

Zweite Besprechung

Die zweite Besprechung findet auf sowjetischer Seite unter der Leitung von Herrn Dubinin statt, der Herrn Thalmann bittet, die Sitzung zu eröffnen.

Herr Thalmann schickt die Feststellung voraus, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der UdSSR in den letzten Jahren in sehr positivem Sinne entwickelt haben. Auf den verschiedensten Gebieten wurden Kontakte hergestellt und Vereinbarungen zum Nutzen beider Staaten abgeschlossen.

dodis.ch/38794

Was insbesondere die Kontakte auf politischer Ebene betrifft, so ist die schweizerische Seite der Auffassung, dass sich die bisherigen Begegnungen sehr gelohnt haben. Sie haben ein Klima des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens geschaffen und erwiesen sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung der KSZE als besonders nützlich. Wir hoffen auch, dass es dem Vorsteher des EPD, Herrn Graber, bald einmal möglich sein wird, der Einladung seines sowjetischen Kollegen, Herrn Gromyko, zu einem Besuch in Moskau Folge zu leisten.

Im übrigen muss die sowjetische Seite um Verständnis gebeten werden, dass wir unsere politischen Kontakte nicht institutionalisieren können. Es gibt hiefür verschiedene Gründe organisatorischer Art sowie innenpolitischer Natur (Kritik an Reisetätigkeit); hinzu kommt, dass die schweizerische Neutralitätspolitik, verbunden mit dem Prinzip der Universalität eigentlich verlangen würde, dass wir mit allen Staaten die gleichen Kontakte pflegen. Dies ist weder möglich noch notwendig. Eine Ausnahme bilden unsere Kontakte mit den anderen neutralen Staaten in Europa.

Wir sind indessen jederzeit für ad-hoc-Kontakte zu haben, sobald sich solche empfehlen oder aufdrängen. Wir stehen hiefür jederzeit zur Verfügung. Im übrigen sollten wir unsere Botschafter ihres Amtes walten lassen. Es lag uns daran, unsere Auffassung hier offen darzulegen.

Herr Dubinin weist auf den ausgezeichneten Stand der gegenseitigen Beziehungen hin; der beste Beweis hiefür liefern die Gespräche, die hier durchgeführt werden,und das gute Klima, in welchem sie stattfinden. Es ist dies vielversprechend auch für die Zukunft. Wir freuen uns darüber. Herr Graber hat die Einladung von Herrn Gromyko angenommen; es erfüllt uns dies mit Befriedigung, und wir warten auf seinen Besuch.

Die sowjetische Seite erklärt sich mit der Art und Weise einverstanden, mit der die künftigen bilateralen Kontakte auf politischer Ebene ins Auge gefasst werden sollen. Wichtig sind tatsächlich nur jene Gespräche, die notwendig sind, und nicht jene, die bloss der Form halber durchgeführt werden. Wenn wir unsere Kontakte nicht institutionalisieren, so hindert uns dies nicht an

dodis.ch/38794

einer weiteren guten Entwicklung unseres beidseitigen Verhältnisses. Die Formel "ad hoc" ist sehr gut, und wir können uns damit durchaus einverstanden erklären. Es entspricht dies den Gegebenheiten; wir können uns anpassen.

Wichtig ist es, hier die Tatsache hervorzuheben, dass unsere Botschafter mit grossem Erfolg tätig sind; dies gilt sowohl für Herrn Tschistiakow, der bis vor kurzem in der Schweiz war, wie für Herrn de Stoutz, der die Schweiz hier vertritt.

Sicher können die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Schweiz noch intensiviert werden; eine solche positive Entwicklung begrüssen wir.

Herr Thalmann erwähnt die verschiedenen Besuche und Gegenbesuche, die in letzter Zeit durchgeführt wurden. Demnächst wird die Gemischte Kommission in Moskau zusammentreten. Es ist erfreulich, dass es nun so weit ist. Es ist dies eine Tatsache, die vielversprechend ist. Die schweizerische Seite wird dabei hervorragend vertreten sein; es handelt sich um massgebliche Vertreter unserer grossen Industrien, die nach Moskau reisen werden, um zu verhandeln, und die auch in der Lage sind, Verträge abzuschliessen.

Es ist auch vorgesehen, dass sich unsere Gas-Leute in die Sowjetunion begeben werden. Die Gasversorgung ist ein Problem, das uns Ende dieses Jahrzehnts besonders beschäftigen wird. Seine Lösung muss deshalb rechtzeitig angepackt werden.

Auch für die Beschaffung von angereichertem Uranium aus der Sowjetunion besteht in der Schweiz Interesse. Die NOK ist mit den zuständigen sowjetischen Stellen in Kontakt.

Herr Dubinin bewertet die erfreuliche Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die sich nicht zuletzt in den vielen Besuchen und Gegenbesuchen zeigt, sehr positiv. Dies gilt insbesondere auch für die bevorstehende Zusammenkunft der Gemischten Kommission. Der schweizerischen Industrie geht ein grosser Ruf voraus. Die UdSSR ist an Zusammenarbeit sehr interessiert.

Herr Fritschi weist auf verschiedene Aspekte hin, die einen befriedigenden und ausgeglichenen Austausch auf dem Gebiete der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern heute noch

dodis.ch/38794

erschweren. Aus Gründen, die der sowjetischen Seite bekannt sind, ist es der Schweiz nicht möglich, Kulturabkommen abzuschliessen. Die unterschiedlichen Systeme beider Staaten und die verschiedenen Methoden, mit denen sie den kulturellen Austausch zu fördern in der Lage sind, führen zu einem unausgeglichenen Geben und Nehmen. Während sowjetischen Künstlern der Weg für ihre Tätigkeit in der Schweiz offensteht, weil es grundsätzlich keinerlei Beschränkungen administrativer Art gibt, können schweizerische Künstler ohne Einvernehmen und Einwilligung der zuständigen Stellen in der Sowjetunion nicht auftreten; letztere entscheiden, ob und, wenn ja, wo ein ausländischer Künstler tätig sein kann. Es ist deshalb unser Wunsch, die zuständigen sowjetischen Behörden möchten den Anliegen, die ihnen von schweizerischer Seite unterbreitet werden, in vermehrtem Masse Rechnung tragen.

Herr Dubinin erinnert an die grosse Bedeutung, die den kulturellen Beziehungen im Verhältnis zwischen den Staaten zukommt. Er weist auf die grossen Bemühungen hin, welche die schweizerische Botschaft in diesem Bereiche unternimmt. Die sowjetische Seite hat Verständnis dafür, dass die Schweiz keine Kulturabkommen abschliesst; dies hindert keinesfalls ad-hoc-Lösungen, die den kulturellen Austausch ebenso zu fördern vermögen. Die UdSSR hat - im Vergleich zu anderen westlichen Staaten - mit Frankreich die meisten kulturellen Kontakte, ohne deswegen ein Kulturabkommen abgeschlossen zu haben.

Die Frage eines ausgeglichenen Kulturaustauschs ist eine delikate; es ist dies eine Angelegenheit von Angebot und Nachfrage, namentlich aber ein Problem der Qualität. Es gibt immer wieder Fälle, die ein Malaise zurücklassen, weil den Qualitätsanforderungen einer kulturellen Manifestation nicht Genüge getan worden ist; dies ist nicht zuletzt für das jeweilige Land kein Vorteil. Auf künstliche Weise wird man da keine Abhilfe schaffen können.

Die sowjetische Seite ist gerne bereit, den schweizerischen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, Irgendeine allgemein verbindliche Antwort wird man darauf nicht zu geben vermögen. Konkrete Fragen müssen von Fall zu Fall gelöst werden.

dodis.ch/38794

Etwas unvermittelt fügt Herr Dubinin hier bei, dass die UdSSR an allem sehr interessiert ist, was mit dem Aufenthalt Lenins in der Schweiz zusammenhängt. Die Photokopien von Briefen Lenins, die Botschafter de Stoutz seinerzeit Aussenminister Gromyko überreichte, sind mit grösster Dankbarkeit entgegengenommen worden. Dokumente dieser Art bedeuten für die Sowjetunion ein grosses Geschenk. Im übrigen kommt alles, was in der UdSSR zu diesem Thema veröffentlicht wird (Ausstellungen, Bücher, Filme, Vorträge usw.), nicht zuletzt auch der Schweiz zugute, weil sie dadurch bei der sowjetischen Bevölkerung vermehrt bekannt wird.

Herr Fritschi kommt auf den Stipendiatenaustausch zu sprechen, an dessen Durchführung wir interessiert sind. In dieser Beziehung haben sich in jüngster Zeit Fragen ergeben. Das schweizerische Stipendienwesen richtet sich nach gewissen Grundsätzen, die in einem Bundesbeschluss verankert sind und die für die Stipendiaten aller Länder gelten; sie sind der sowjetischen Seite bekannt und ihr erst vor kurzem in Bern und in Moskau in Erinnerung gerufen worden.

Wir sind zudem daran interessiert, das zwischen den Gebieten, die in der Schweiz einerseits und in der UdSSR andererseits für die Stipendiaten berücksichtigt werden, in vermehrtem Masse ein gewisses Gleichgewicht geschaffen wird. In der Regel sendet die sowjetische Seite Vertreter der exakten Wissenschaften in die Schweiz; sie lässt indessen aus der Schweiz fast ausschliesslich solche der Geisteswissenschaften bzw. Sprachwissenschaften zu.

Herr Dubinin verspricht, die zuständige sowjetische Stelle über unsere Bemerkungen zu diesem Thema informieren zu wollen.

Herr Fritschi erwähnt die Fälle von Heiraten, die im Zuge der vermehrten Reisen einer immer grösseren Anzahl von Schweizern in die Sowjetunion häufiger vorkommen als in früheren Jahren. Es wird vom schweizerischen Teil der Brautleute nicht immer verstanden, dass er für die Verwirklichung seines Vorhabens in der Sowjetunion allerlei Schwierigkeiten begegnet.

dodis.ch/38794

Herr Dubinin führt dies auf die Verschiedenheiten zwischen der sowjetischen und der schweizerischen Gesetzgebung zurück und bittet um Verständnis dafür, wenn die Geduld der Heiratslustigen manchmal auf eine harte Probe gestellt werde. Auf jeden Fall handle es sich auf sowjetischer Seite nicht um schlechten Willen.

Herr Fritschi erinnert schliesslich an die Fälle von Lastwagenführern, die ohne Visum an der schweizerischen Grenze ankommen und dadurch Komplikationen schaffen, die vermieden werden könnten, wenn die notwendigen Visa auf dem ordentlichen Wege über die schweizerische Botschaft in Moskau eingeholt würden.

Herr Dubinin nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis und verspricht, die zuständigen Stellen orientieren zu wollen.

Es folgen Dankes- und Abschiedsworte.